

## Österreich soll Menschenrechtsverletzungen im Sudan untersuchen

Wien (OTS) - Eine Gruppe von Hilfsorganisationen, die als "Europäische Koalition zu Öl im Sudan" (ECOS) über die Situation während des sudanesischen Bürgerkriegs berichtet haben, rufen zu einer Untersuchung über die Rolle eines - auch die OMV beinhaltenden - Konsortiums von Ölkonzernen im Konflikt bzw. ihre mögliche Mittäterschaft bei der Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf.

Der Bericht von ECOS mit dem Titel Unpaid Debt berichtet, dass der Beginn der Ölförderung im Block 5A im Südsudan eine Spirale der Gewalt ausgelöst hat, nachdem sudanesisch Regierungstruppen und andere regierungsloyale bewaffnete Einheiten die Ölfelder in diesem Block zu sichern und die Kontrolle zu übernehmen begannen. Tausende Bewohner der Region starben, und beinahe 200.000 Menschen wurden gewaltsam vertrieben.

Der Terror begann, nachdem die Sudanesisch Regierung ein Ölförderungsabkommen mit einem Konsortium, bestehend aus der schwedischen Lundin Oil AB, der malaysischen Petronas Carigali Overseas, der österreichischen OMV (Sudan) Exploration GmbH, und der sudanesischen Sudapet Ltd abgeschlossen hatte.

Das Ölkonsortium, sagt der Bericht, "sollte Kenntnis von den Menschenrechtsverstößen der bewaffneten Gruppen gehabt haben, die teilweise für ihre Sicherheitsbedürfnisse sorgten. Trotzdem setzten sie die Zusammenarbeit mit der Sudanesischen Regierung, ihren Behörden und ihrer Armee fort."

Nun ruft ECOS die Regierungen von Schweden, Österreich und Malaysia auf, zu untersuchen, ob diese Firmen gemäss Völkerrecht "der Mittäterschaft an der Ausführung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch andere Akteure während der Periode 1997-2003 schuldig sind."

ECOS ruft diese Ölfirmen dazu auf, die Überlebenden der Gewalttaten zu entschädigen. Ein materielles Recht auf Entschädigung für vergangenes Unrecht, das sich als Resultat der Ölförderung ereignete, wurde sowohl im Sudanesischen Comprehensive Peace Agreement (CPA) als auch in der Interimsverfassung des Landes

geschaffen, aber bis heute ist keine adäquate Entschädigung bei den Opfern angekommen.

Der Bericht wird im Rahmen einer Pressekonferenz am 8. Juni 2010 um 10 Uhr in Stockholm, Hallituskatu 74, vorgestellt. Sprecher werden u.a. sein: Rev. Ramadan Chan Liol, Generalsekretär des Sudan Council of Churches (SCC) und Rev. James Kuong Ninrew, Presbyterianischer Pastor des Nuer Peace Council aus Unity State, wo sich der erwähnte Block 5A befindet, sowie ECOS Koordinator Egbert Wesselink.

Der vollständige Bericht wird ab 8. Juni 2010 10:00 online sein, unter [www.ecosonline.org](http://www.ecosonline.org).

Rückfragehinweis:

und Interviewanfragen:

Kathelijne Schenkel von ECOS. Tel +31.64.89 81498

[schenkel@ecosonline.org](mailto:schenkel@ecosonline.org)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11367/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0111 2010-06-08/11:01

081101 Jun 10

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20100608\\_OTS0111](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100608_OTS0111)